

# themendienst 1

## didacta 2010

Köln 16.-20.3.2010

**didacta**  
die Bildungsmesse

Der didacta – die Bildungsmesse liegt ein umfassendes Konzept zugrunde, das Lehren und Lernen in allen Lebensphasen beinhaltet. Vom Kindergarten über Schule/Hochschule, Ausbildung/Qualifikation bis hin zu Weiterbildung/Beratung zeigt die didacta das Zusammenspiel der Bildungsbereiche, deren Inhalte und Methoden immer stärker ineinandergreifen.

### INTERVIEW

#### „Bund und Länder müssen endlich erkennen, dass der Ausbau der Kinderbetreuung unterfinanziert ist“

■ Interview mit der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth.

► SEITE 2

### KINDERGARTEN/VORSCHULE

#### Medienkompetenz für Erzieherinnen

■ Auch kleine Kinder wachsen bereits mit verschiedenen Medien auf und sollten den kompetenten Umgang möglichst frühzeitig lernen.

► SEITE 3

### SCHULE/HOCHSCHULE

#### Die deutsche Schule: Auf dem Weg in die Zweigliedrigkeit?

■ Nur noch in wenigen Bundesländern gibt es Hauptschulen

► SEITE 4

#### Viele, viele Namen – Die Schulen in den 16 Bundesländern

■ Mittelschule, Sekundarschule, Regelschule oder Stadtteilschule: Ein Überblick über die Schulen in den 16 Bundesländern

► SEITE 5

#### „Ich habe es geschafft. Das kannst du auch!“

■ Initiativen und Netzwerke engagieren sich für mehr Lehrer mit Migrationshintergrund

► SEITE 6

#### Schüler brauchen Informationskompetenz

■ Interview mit Dr. Harald Gapski vom ecmc

► SEITE 7

#### MINT – nein danke?

■ Die Suche nach der Ursache von Studienabbrüchen

► SEITE 8

### AUSBILDUNG/QUALIFIKATION

#### Ab ins Ausland: Austauschprogramme für Auszubildende

■ In Großbritannien, Frankreich, Polen und sogar auf hoher See

► SEITE 9

### WEITERBILDUNG/BERATUNG

#### Von der beruflichen Bildung zum Hochschulabschluss

■ Neuer Wind für die Weiterbildung?

► SEITE 10

■ Ein Master für Trainer

► SEITE 11

### SONDERTHEMA

#### „Die Jugendlichen werden das Handy ganz selbstverständlich zum Lernen nutzen“

■ Interview mit Maciej Kuszpa von der FernUniversität in Hagen

► SEITE 12

#### Impressum

► SEITE 13



# „Bund und Länder müssen endlich erkennen, dass der Ausbau der Kinderbetreuung unterfinanziert ist“

Interview mit der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth

■ Auf dem „Krippengipfel“ im April 2007 haben sich Bund, Länder und Kommunen darüber verständigt, dass es ab 2013 für alle unter dreijährige Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kita oder bei einer Tagesmutter gibt. Bis dahin muss das Betreuungsangebot bundesweit verdreifacht werden.

Die dabei entstehenden Kosten von 12 Milliarden Euro sollen Bund, Länder und Kommunen zu je einem Drittel tragen. Nun schlagen die Städte und Kommunen Alarm: So haben 23 Städte und Kreise aus Nordrhein-Westfalen Verfassungsbeschwerde beim Landesverfassungsgericht in Münster eingelegt. Das Land müsse die nach Abzug der Bundesmittel entstehenden Kosten übernehmen, verlangen sie. Außerdem bezweifelt der Deutsche Städte- und Gemeindebund, dass die bisher angenommene Zielmarke, für 35 Prozent aller unter dreijährigen Kinder Krippenplätze bereitzustellen, überhaupt ausreichen wird, diesen Rechtsanspruch umzusetzen. So wollen laut einer Umfrage rund 66 Prozent der Eltern ihr Kleinkind in die Kita schicken. Im Interview erklärt die Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, Petra Roth, ob und wie diese Herausforderungen gemeistert werden könnte.



Petra Roth

**Ab August 2013 hat jedes Kleinkind in Deutschland ein Recht auf einen Betreuungsplatz. Werden die Kommunen diesen Rechtsanspruch erfüllen können?**

**Petra Roth:** Die Städte engagieren sich sehr stark für den Ausbau und können auch bereits erhebliche Erfolge vorweisen. Der Bund beteiligt sich mit vier Milliarden Euro am Ausbau der Kinderbetreuung, was wir sehr begrüßen. Aber er hat die Kostenfolgen der Aufgabe unterschätzt. Die Gesamtsumme von 12 Milliarden Euro ist noch nicht voll finanziert und reicht für den Ausbau der Betreuung bis hin zu einem Rechtsanspruch mit Sicherheit nicht aus.

**Welche konkreten Forderungen haben Sie an Bund und Länder?**

**Petra Roth:** Heute ist die frühe Bildung der Kleinsten zu Recht ein wichtiges Thema für die Politik. Dabei werden mehrere Ziele verfolgt: der Ausbau der Betreuung, mehr und besser qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher, eine bessere Entlohnung für sie, die Beitragsfreiheit für die Eltern sowie die Förderung der Integration. Alle Ziele sind nachvollziehbar. Aber sie können nicht gleichzeitig erreicht werden, weil viele Kommunen schon jetzt finanziell an ihre Grenzen stoßen.

Unterm Strich müssen wir als Deutscher Städtetag ganz klar sagen: Ohne weitere Finanzhilfen werden es die Kommunen nicht bewältigen können, den Rechtsanspruch ab dem Jahr 2013 umzusetzen, so sehr sie sich auch anstrengen. Bund und Länder müssen endlich erkennen, dass der Ausbau der Kinderbetreuung unterfinanziert ist.

**Der Ausbau der Krippenplätze ist vor allem ein westdeutsches Thema. Im Osten können bereits rund 40 Prozent aller unter Dreijährigen entsprechend betreut werden. Brauchen die westdeutschen Städte jetzt besondere Unterstützung?**

**Petra Roth:** Gerade auch die westdeutschen Städte engagieren sich stark beim weiteren Ausbau der Kinderbetreuung. 15 Prozent mehr Kinder unter drei Jahren werden bundesweit in Kindergärten und von Tagesmüttern betreut als noch ein Jahr zuvor, bestätigen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Allerdings gibt es in den westlichen Bundesländern auch den größten Nachholbedarf. In einer Reihe von westdeutschen Großstädten stehen inzwischen bereits Plätze für bis zu 27 Prozent der Kleinkinder zur Verfügung. Städte mit einer Betreuungsquote über 20 Prozent sind zum Beispiel Aachen, Bonn, Düsseldorf, Frankfurt mit 23 Prozent, Freiburg, Hamburg, Heidelberg, München, Münster und Stuttgart.

In Ostdeutschland ist die Quote deutlich höher, nämlich 46 Prozent. Die Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes, die den Bedarf an Betreuungsplätzen für das

Jahr 2013 mit Rechtsanspruch prognostiziert hat, zeigt, dass es in jedem Fall noch einen gewaltigen Ausbaubedarf gibt. Wenn ganz Deutschland beispielsweise das Niveau der ostdeutschen Länder erreichen soll, dann würden bis 2013 zusätzlich circa 510.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige gebraucht. Dieses Szenario ist nicht unrealistisch.

**Reicht überhaupt die Zielmarke, für 35 Prozent aller unter dreijährigen Kinder Krippenplätze bereitzustellen, um den Rechtsanspruch umzusetzen?**

**Petra Roth:** Die von Bund und Ländern angestrebte Betreuungsquote von 35 Prozent der Kinder wird nicht ausreichen, um den Rechtsanspruch zu verwirklichen. Der Rechtsanspruch macht eine deutlich höhere Quote erforderlich. Besonders groß ist der Bedarf in Ballungsräumen und großen Städten. Die Städte haben ein großes Interesse daran, das Angebot für Kinderbetreuung weiter auszubauen und nehmen dafür viel Geld in die Hand. Aber aus eigener Kraft werden sie das ehrgeizige Ziel nicht erreichen können, den Rechtsanspruch ab 2013 umzusetzen.

**Weitere Informationen:**

Gemeinsame Positionen der kommunalen Spitzenverbände

## DAZU AUF DER DIDACTA

■ Bündnis frühkindliche Bildung, Gesprächsrunde mit Dr. Stefan Articus, Deutscher Städtetag; Prof. Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis, Didacta Verband; Dieter Greese, Forum Förderung von Kindern NRW; Andreas Meiwes, Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW; Anette Stein, Bertelsmann Stiftung, Forum „didacta aktuell: Wirtschaft – Bildung – Verantwortung“, Halle 9, Stand A20/B21, 16.3.2010, 14:00 Uhr

## KINDERGARTEN/VORSCHULE

# Medienkompetenz für Erzieherinnen

Bisher wurden 10.000 Erzieherinnen weitergebildet

■ Die jahrelang teils verbissen geführte Diskussion über das Pro und Kontra von Medienerziehung im Kindergarten scheint überholt. Denn auch kleine Kinder wachsen bereits ganz selbstverständlich mit verschiedenen Medien auf. Sie kommen nicht erst als Schulkinder mit Computer Internet und Co. in Berührung und sollten deswegen möglichst frühzeitig den sicheren, kompetenten und sinnvollen Umgang mit den Neuen Medien lernen.

Experten wie ehemaliger Direktor des Staatsinstituts für Frühpädagogik in München, Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios Fthenakis, sehen Medienerziehung als eine der zentralen Aufgaben im frühkindlichen Bereich. Und dafür braucht es geschulte Vermittler. Deswegen hat das Bundesbildungsministerium im Jahr 2008 ein groß angelegtes Weiterbildungsprojekt für Erzieherinnen gestartet: „Basisqualifizierung Medienkompetenz“, das vom Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird.

Rund 10.000 Erzieherinnen haben mittlerweile an den Schulungen teilgenommen. Jetzt ist die zweite Schulungsphase für weitere 10.000 Erzieherinnen gestartet. Organisiert wird das Projekt vom Verein Schulen ans Netz. Die Teilnahme ist kostenlos. Die Kurse werden bundesweit von verschiedenen ausgewählten Trägern angeboten. In Norddeutschland ist es der Verein Blickwechsel e. V. Hier organisiert Susanne Roboom die medienpädagogischen Weiterbildungskurse für die Erzieherinnen. Wir haben sie nach ihren Erfahrungen gefragt.

**Warum sollten sich Erzieherinnen überhaupt in diese Richtung qualifizieren, könnte man den Computer nicht einfach außen vor lassen?**

Vom frühesten Lebensalter kommen Kinder mit Medien in Berührung, also auch mit dem Computer. Medien sind somit selbstverständlicher Bestandteil ihrer Lebenswelt. Und die Kinder begegnen den neuen Technologien und Computerwelten meistens ziemlich unbefangen und mit einer großen Portion Neugier. Die „graue Kiste“ hat ihnen auch einiges zu bieten, schon im Vorschulalter. Je selbstverständlicher die Kinder lernen, mit dem Computer umzugehen, desto größer ist die Chance, dass sie ihn sinnvoll nutzen. Erzieherinnen werden auch häufig mit Fragen der Eltern konfrontiert. Etwa, ob die Gewaltbereitschaft der Kinder steigt, oder ob sie sich nicht mehr richtig bewegen, nicht mehr rückwärts laufen können, wenn sie den Computer nutzen. Da kann die Antwort nur sein: Wenn man den Computer als Babysitter einsetzt, dann muss man sich über negative Konsequenzen nicht wundern. Aber wenn man ihn mit Konzept und Bedacht einsetzt, dann ist er durchaus sinnvoll und im Hinblick auf Chancengleichheit ganz wichtig. Denn auch Kinder aus Familien, die keinen Computer besitzen oder ihn sehr einseitig nutzen, bekommen die Möglichkeit, sich mit dem Gerät vielseitig und spielerisch auseinanderzusetzen. Zudem können im Kindergarten Mädchen und Jungen gleichermaßen an den Computer herangeführt und im Umgang mit



Susanne Roboom

der Technik gefördert werden. Wie kreativ und vielseitig der Computer letztendlich genutzt wird, hängt zu Hause wie in der Einrichtung stark von der Unterstützung durch die Erwachsenen ab.

**Was lernen die Erzieherinnen in diesen Kursen?**

Die Kurse sind als Mischung aus pädagogischer Diskussion und technischer Erprobung aufgebaut. Die Erzieherinnen erhalten solide Grundkenntnisse rund um den Computer und das Internet und sollen in die Lage versetzt werden, den Computer in der eigenen Einrichtung für medienpädagogische Projekte und zur Medienkompetenzförderung einzusetzen. Außerdem lernen sie, das Internet zur eigenen Weiterbildung zu nutzen.

**Und was kann man sich unter diesen medienpädagogischen Projekten in der Kita vorstellen?**

Zum Beispiel können die Kinder mit der Digitalkamera losziehen und Bildreihen knipsen, das schult die Wahrnehmung. Wenn gerade das Thema Formen oder Farben behandelt wird, können sie draußen gucken: Wo finde ich diese Formen? Wo sind denn andere Kreise als die, die wir hier als Plättchen im Kindergarten haben? Dann entdecken sie möglicherweise den Gullideckel. Oder man kann gemeinsam Spiele bewerten, um einen bewussteren Blick zu bekommen.

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Bericht der Expertenkommission des BMBF zur Medienbildung
- Praxisprojekte aus verschiedenen Kindertagesstätten

### DAZU AUF DER DIDACTA

- KIGA-Seminare vom 16.3. bis 20.3.2010  
Weitere Informationen [www.kiga-seminare.de](http://www.kiga-seminare.de)
- Medienpädagogischer Tag des WDR, mit Dr. Maya Götz (IZI), Monika Frederking (wdr Kinderradio), Heike Sistig (wdr Kinderfernsehen) u. a. Moderation: Ralph Caspers (Sendung mit der Maus, Wissen macht Ah!) 18.3.2010, Offenbachsaal, 10:30–13:00 Uhr.

# Die deutsche Schule: Auf dem Weg in die Zweigliedrigkeit?

Nur noch in wenigen Bundesländern gibt es Hauptschulen

■ **Mittelschule, Sekundarschule, Regelschule, Oberschule, Werkrealschule, Realschule, Realschule plus, Stadtteilschule, Gymnasium, Gesamtschule:** In den sechzehn Bundesländern haben die Schulformen, die auf die Grundschule folgen, viele verschiedene Namen. Immer seltener aber taucht der Begriff Hauptschule auf. Wird das deutsche Schulsystem also nach und nach zweigliedrig?

„Wieder zweigliedrig“ müsste man eigentlich sagen, denn die Zweigliedrigkeit ist kein neues Modell. Schließlich war das deutsche Schulsystem zweigliedrig, als es neben dem Gymnasium, der einstigen „Gelehrtenschule“, nur die Volksschule kannte. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gesellte sich die Realschule als „Mittelschule“ dazu und in den 1960er Jahren wurde in sozialdemokratisch geführten Bundesländern die Gesamtschule eingeführt – als vierte Regelschule. Ein mindestens viergliedriges System also, rechnet man die Sonder- und Förderschulen nicht mit hinzu. Spätestens seit diesem Zeitpunkt wird in Deutschland ein heftiger Disput über das Für und Wider des gegliederten Schulsystems geführt. Während die einen argumentieren, das gegliederte Schulsystem erweise sich als Rutschbahn, auf der soziale Auslese 'nach unten' bestens funktioniere, kontern die anderen, es werde mit seiner Vielfalt den unterschiedlichen Begabungen, Talenten und Stärken der Schüler am besten gerecht. Und auch die Ergebnisse der PISA-Studien werden – je nach Lagerzugehörigkeit – als Argument für oder gegen das gegliederte Schulsystem verwendet und mit jedem neuen PISA-Bericht wieder aufgewärmt.

Dieser heftigen Diskussion wollte im November 2007 eine bemerkenswerte Allianz aus Forschern und Politikern von SPD, FDP und CDU ein Ende setzen und plädierte in einem gemeinsamen Aufruf in der ZEIT für ein zweigliedriges Schulsystem: Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen sollten zu einer einheitlichen Schulform neben dem Gymnasium zusammengefasst werden. Zu den Unterzeichnern gehörten unter anderem die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Jutta Allmendinger, der langjährige Direktor der Internatsschule Schloss Salem, Bernhard Bueb und der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn. Außerdem unterschrieben der frühere Kultusminister Hessens, Ludwig von Friedeburg (SPD), der schulpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg, Robert Heinemann, und die jetzige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Auch der Bielefelder Bildungsforscher Klaus Hurrelmann (jetzt an der Hertie School of Governance, Berlin), gehörte zu den Unterzeichnern. Er hatte bereits 1991, also zwei Jahre nach der Wende, der KMK ein „Zweiwegemodell“ empfohlen. Allerdings ohne Erfolg, ebenso wie ein zweiter Appell im Jahr 2006. „Keine Partei wird durch diesen Kompromiss ihren profilierenden Einfluss auf die Bildungspolitik verlieren. Die wirklichen Gewinner aber sind die heute benachteiligten Schülerinnen und Schüler“, hieß es abschließend in dem ZEIT-Aufruf.

Wenn auch die politischen Lager sich von diesem Aufruf nicht unbedingt haben beeinflussen lassen: Die Schulstrukturen sind im Wandel. In der Mehrheit der Bundesländer gibt es mittlerweile keine Hauptschulen mehr. Nur fünf Bundesländer halten noch of-



fiziell an der dreigliedrigen Struktur fest: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Aber auch hier gerät die Hauptschule mehr und mehr ins Wanken. Nicht eines bildungspolitischen Umdenkens wegen, sondern vielmehr als notwendige Reaktion auf die demografische Entwicklung und auf die Tatsache, dass die Hauptschule von immer mehr Eltern als Restschule abgelehnt wird. Der Schule gehen schlichtweg die Schüler aus.

„Unter dem Druck des demografischen Wandels wird sich das deutsche Schulsystem in den kommenden 15 Jahren radikal verändern“, hat erst kürzlich die Bertelsmann Stiftung prognostiziert. Demnach wird bis zum Jahr 2025 die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 18 Jahren von knapp 11 Millionen um rund 2 Millionen auf künftig 9 Millionen zurückgehen. Besonders drastisch wird der Schwund mit 27,4 Prozent bei den 16- bis 18-jährigen Jugendlichen sein. Bei den Schülern zwischen 10 und 15 Jahren, deren Alter in den meisten Bundesländern der Sekundarstufe I entspricht, werden 15,8 Prozent der Kinder fehlen. Auch in der Primarstufe (6 bis 9 Jahre) werden mit 14,3 Prozent deutlich weniger Kinder als heute die Schulbank drücken.

Fazit der Untersuchung: „Durch den massiven Rückgang der Schülerzahlen dürfte vor allem das dreigliedrige Schulsystem weiter unter Druck geraten.“ Nach Einschätzung der Bertelsmann Stiftung wird sich der Trend hin zu neuen Schulformen und zum zweigliedrigen System mit zusammengelegter Haupt- und Realschule fortsetzen. Während sich der Andrang auf die Gymnasien verstärken dürfte, sei die Hauptschule vom Aussterben bedroht.

## DAZU AUF DER DIDACTA

■ **Zukunft der Hauptschule – Podiumsrunde** mit der nordrhein-westfälischen Schulministerin Barbara Sommer, der Schuldezernentin der Stadt Köln, Dr. Agnes Klein, und dem Kabarettisten Jürgen Becker. forum bildung Halle 6, Stand E41, 18.3.2010, 11.30 Uhr

■ **Sitzenbleiben und Schullempfehlung: Kostspielig, ineffizient und bildungsungerecht?** u.a. mit Prof. Dr. Klaus Klemm (Uni Duisburg-Essen), Josef Kraus (Präsident des Deutschen Lehrerverbands) und Professor Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis, Präsident des Didacta Verbandes der Bildungswirtschaft, Forum „didacta aktuell: Wirtschaft – Bildung – Verantwortung“ Halle 9, Stand A20/B21, 18.3.2010, 13:00 Uhr

# SCHULE/HOCHSCHULE

## Viele, viele Namen – Die Schulen in den 16 Bundesländern

**Baden-Württemberg** hält offiziell weiterhin an der Aufteilung Haupt-, Realschule und Gymnasium fest. Zum Schuljahr 2010/11 wird allerdings die neue Werkrealschule eingeführt, die sowohl zum Hauptschul-, wie zum Mittleren Abschluss führt. In 20 Modellversuchen werden außerdem Haupt- und Realschüler der Klassen fünf und sechs gemeinsam unterrichtet.

**Bayern** setzt ebenfalls weiterhin auf das gegliederte System. Allerdings sollen die Hauptschulen flächendeckend zu Mittelschulen mit drei berufsorientierenden Zweigen weiterentwickelt werden und neben dem Hauptschulabschluss einen Mittleren Bildungsabschluss anbieten.

**Berlin** wird zum Schuljahr 2010/11 Haupt-, Real- und Gesamtschulen abschaffen. Nach sechs Grundschuljahren wechseln die Kinder dann entweder auf das Gymnasium oder die neue Sekundarschule. In beiden Schularten sind alle Abschlüsse – einschließlich Abitur – möglich. Das Pilotprojekt Gemeinschaftsschule mit gemeinsamem und integrativem Lernen wird weitergeführt.

**Brandenburg** sieht nach der sechsjährigen Grundschule den Besuch des Gymnasiums, der Gesamtschule oder der Oberschule vor. Die Oberschule endet mit dem Hauptschul- bzw. dem Mittleren Abschluss, an Gesamtschulen kann auch das Abitur erreicht werden.

**Bremens** Bürgerschaft entschied sich im Juni 2009 mit den Stimmen der Regierungsparteien SPD und Grüne sowie der oppositionellen CDU für ein neues Schulsystem. Im Sekundarbereich wird es nur noch zwei Schularten geben: Die Oberschule und das Gymnasium. Die Oberschule ermöglicht das Abitur nach 13 Jahren, das Gymnasium nach 12 Jahren. Die Schüler der Oberschulen lernen gemeinsam bis zur 10. Klasse. Neun Schulen haben bereits mit der Umwandlung begonnen. Alle anderen starten ab 2011/2012.

**Hamburgs** Schulsystem wird ab August 2010 zweigliedrig, sofern die für Sommer 2010 geplante Volksabstimmung dem Ganzen nicht einen Strich durch die Rechnung macht. Geplant ist nach der sechsjährigen Primarschule der Wechsel auf die Stadtteilschule oder das Gymnasium. In beiden Schularten sollen alle Abschlüsse – einschließlich Abitur – möglich sein.

**Hessen** hält an dem mehrgliedrigen Schulsystem – einschließlich Gesamtschule – fest. Schulen mit den Bildungsgängen Haupt- und Realschulen soll allerdings die innere Unterrichtsorganisation freigestellt werden. Die Schulen können dann selbst entscheiden, ob sie gemeinsame oder getrennte fünfte Klassen bilden. Es bleibt aber bei den nach Haupt- oder Realschule getrennten Abschlüssen.

**Mecklenburg-Vorpommern** setzt auf Zweigliedrigkeit: Nach der vierjährigen Grundschule folgt eine zweijährige schulartunabhängige Orientierungsstufe. Daran schließt sich entweder der Besuch der Regionalen Schulen mit einem Mittleren Ab-

schluss oder des Gymnasiums mit dem Abitur an.

**Niedersachsen** hält am dreigliedrigen Schulsystem fest und hat in den Hauptschulen den Schwerpunkt auf die Berufsorientierung gelegt. Allerdings wurden in den vergangenen Jahren an rund 200 Standorten Haupt- und Realschulen mit einer einheitlichen Leitung zusammengefasst. Dort findet mit Ausnahme der Kernfächer Deutsch, Mathematik und Englisch gemeinsamer Unterricht in allen anderen Fächern statt. An den Gesamtschulen soll künftig die Abiturprüfung bereits nach 12 Jahren abgelegt werden.

**Nordrhein-Westfalen** setzt weiterhin auf das dreigliedrige Schulsystem plus Gesamtschule. Ländliche Gemeinden können allerdings Haupt- und Realschulen unter einem Dach zu einer Verbundschule zusammenlegen. Es müssen aber getrennte Schulformen bleiben.

**Rheinland-Pfalz** hat zum Schuljahr 2009/10 mit der Umstellung auf ein neues Schulsystem begonnen. Die Hauptschulen werden mit den Realschulen zusammengeführt. In der neuen Realschule plus gibt es im fünften und sechsten Jahrgang eine Orientierungsstufe. Erhalten bleiben Gymnasium und Gesamtschule.

**Saarlands** Hauptschulen wurden schon Mitte der 90er Jahre abgeschafft: Hauptschule und Realschule wurden zur Erweiterten Realschule zusammengelegt. Daneben gibt es Gesamtschulen und Gymnasien. CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen haben sich in ihrem Koalitionsvertrag im November auf eine Verlängerung der Grundschulzeit um ein Jahr geeinigt. Diese beginnt erstmals mit dem Schuljahr 2011/2012.

**Sachsen** hat ein zweigliedriges System: Nach der vierten Grundschulklasse folgt die Mittelschule oder das Gymnasium. Die Mittelschule bietet nach der 9. Klasse den Hauptschul- und nach der 10. Klasse den Realschulabschluss an. CDU und FDP wollen die Mittelschule zur Oberschule weiterentwickeln. Außerdem soll nach der sechsten Klasse der Übergang zum Gymnasium möglich sein. Darauf haben sich die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag im September 2009 geeinigt. Sie streben eine stufenweise Einführung ab dem Schuljahr 2011/2012 an. Die bisher genehmigten Schulversuche zur Gemeinschaftsschule werden abgeschlossen und evaluiert.

**Sachsen-Anhalt** bietet verschiedene Optionen: Auf das vierte Grundschuljahr folgt das Gymnasium, die Gesamtschule oder die Sekundarschule, die mit der siebten Klasse die Kinder Haupt- und Realschulklassen zuweist. Die Gesamtschulen führen nach 12 oder 13 Jahren zum Abitur.

**Schleswig-Holstein** löst die alten Haupt-, Real- und Gesamtschulen bis zum Schuljahr 2010/11 durch die neuen Schularten Gemeinschaftsschule und Regionalschule ab. Das Gymnasium bleibt bestehen. An der Regionalschule kann der Hauptschulabschluss oder der Mittlere Abschluss erworben werden. In den Gemeinschaftsschulen lernen die Schüler gemeinsam bis zum 10.

Jahrgang. Angestrebt ist laut Koalitionsvertrag von CDU und FDP vom Oktober 2009 eine spätere Zusammenlegung in einer Schulart Regional- und Gemeinschaftsschule. Dort soll der Unterricht getrennt nach den Bildungsgängen Haupt- und Realschule oder in einem gemeinsamen Klassenverband erfolgen. Außerdem läuft in Schleswig-Holstein bis Ende Januar 2010 noch ein Volksbegehren zum Erhalt der Realschule, das von der FDP unterstützt wird.

**Thüringen** trennt die Schüler nach Klasse 4 in Gymnasiasten und Regelschüler. Die Regelschule endet mit dem Hauptschul- bzw. dem Mittleren Abschluss. Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und CDU im Oktober 2009 darauf verständigt, das Thüringer Schulsystem für längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 8 zu öffnen. Dazu sollen alle Schulträger neben der Regelschule und dem Gymnasium eine gleichberechtigte Option für eine Gemeinschaftsschule bekommen.

## „Ich habe es geschafft. Das kannst du auch!“

### Initiativen und Netzwerke engagieren sich für mehr Lehrer mit Migrationshintergrund

■ Mehr als dreißig Prozent der Schüler in deutschen Klassenzimmern haben einen Migrationshintergrund. Sie treffen aber nur äußerst selten auf einen Lehrer, dessen Biografie Ähnlichkeit mit ihrer eigenen hat: Denn nur ein bis zwei Prozent der Lehrer in Deutschland kommen aus Zuwandererfamilien. Damit spiegelt das Klassenzimmer weder die gesellschaftliche Realität wider, noch können sich Kinder aus Zuwandererfamilien an Integrationsvorbildern orientieren. Auch könnten Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte wichtige Brückenbauer zwischen Schule und Familie sein.



Auch einige Bundesländer sind aktiv. So hat Berlin Anfang 2009 eine Kampagne für mehr Lehrer aus Einwandererfamilien gestartet. Schüler aus Zuwandererfamilien sollen über Berufsperspektiven in Schulen informiert werden und Lehramtsstudenten, die selbst aus Einwandererfamilien stammen, sollen in den Migrantenorganisationen für den Beruf werben. Auch Lehrer mit Migrationshintergrund sollen verstärkt zusammenarbeiten und als Rollenvorbilder erkennbar werden.

Baden-Württemberg will mit seiner Initiative „Migranten machen Schule!“ ebenfalls Schüler mit Migrationshintergrund für den Lehrerberuf interessieren und Lehrern und Lehramtsstudierenden mit Migrationshintergrund ein unterstütztes Netzwerk anbieten.

Der Verband Bildung und Erziehung wirbt schon seit Jahren für mehr Lehrer mit Migrationshintergrund in deutschen Klassenzimmern. Daneben machen sich immer mehr Initiativen und Projekte für diesen pädagogischen Nachwuchs stark. Bund, Länder und Kommunen haben sich bereits 2007 im nationalen Integrationsplan verpflichtet, mehr Erzieher, Sozialarbeiter und Lehrer mit Migrationshintergrund einzustellen. Aber viel zu selten entscheiden sich Abiturienten mit Migrationshintergrund für den Lehrerberuf – unter den Lehramtsstudierenden sind sie mit gerade mal sechs Prozent vertreten.

Ein solches Projekt besteht bereits seit mehr als zwei Jahren in Nordrhein-Westfalen: 2007 wurde hier „Das Netzwerk von Lehrerinnen und Lehrern mit Zuwanderungsbiografie“ im Landtag gegründet. Mit knapp 30 Gründungsmitgliedern, Lehrkräften unterschiedlichster Herkunft, begann das Netzwerk. Mittlerweile ist es auf mehr als 200 Mitglieder angewachsen, die sich alle ehrenamtlich engagieren. Sie werben für den Lehrerberuf in Oberstufenklassen oder bei Berufsberatungstagen, beraten Lehramtsstudierende oder Referendare, Eltern und Migrantenselbstorganisationen. Sie organisieren Fachtagungen und arbeiten mit Schulbuchverlagen zusammen. Außerdem kooperieren sie mit verschiedenen Universitäten im Land. Ihr Motto: „Ich habe es geschafft. Das kannst du auch!“

Es muss also verstärkt für pädagogische Ausbildungswege bei Migranten geworben werden. Das tut zum Beispiel die ZEIT-Stiftung in Hamburg seit 2008 mit dem Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“. Dort sollen junge Migranten für den Lehrerberuf begeistert werden. Das Konzept kommt an: Der Schülercampus soll im Frühjahr 2010 auch in Düsseldorf und in Nürnberg stattfinden.

Ein spezielles Stipendienprogramm für Lehramtsstudierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst mit Migrationshintergrund hat die Hertie-Stiftung 2008 in Hessen gestartet – zunächst an der Uni Frankfurt. Die Studierenden erhalten ein Stipendium von 650 Euro pro Monat plus 150 Euro Büchergeld pro Semester. Referendare bekommen ein Bildungsstipendium von 1.000 Euro im Jahr. Daneben organisiert die Stiftung spezielle Seminarangebote. Zum Wintersemester 2009/10 wurden Lehramtsstudierende an weiteren Hochschulen gefördert, nämlich an der TU Darmstadt, an den Berliner Universitäten sowie der Universität Hamburg.

#### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

■ Broschüre NRW-Netzwerk der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte

#### DAZU AUF DER DIDACTA

■ „Stolperchancen. Menschen. Wege. Geschichten“ heißt die Broschüre des NRW-Netzwerkes, die auf der didacta vorgestellt wird.

■ Bildungs- und pädagogische Perspektiven in einer Einwanderungsgesellschaft, Dr. Prasad Reddy, Bonn, Konferenzraum 3/CC Ost, 18.3.2010, 12:00 Uhr

# Schüler brauchen Informationskompetenz

## Interview mit Dr. Harald Gapski vom ecmc

■ Eben schnell das Referatsthema googeln und bei den ersten Treffern nach einem geeigneten Text suchen. Nicht selten erledigt bereits so mancher Schüler seine Hausaufgaben auf diese Weise. Das zeigt zwar, dass Schüler die Neuen Medien nutzen, dass ihnen aber etwas Entscheidendes fehlt: Informationskompetenz. Sie haben nicht gelernt, effizient nach Informationen zu suchen, sie kritisch zu hinterfragen, zu gewichten und schließlich zu reflektieren. Immerhin stimmen 40 Prozent der 12- bis 13-Jährigen der Aussage zu, dass Informationen im Internet auf Richtigkeit überprüft werden, das ergab die JIM-Studie 2007. Über den Stellenwert von Informationskompetenz und ihre Verankerung in der Schule sprachen wir mit Dr. Harald Gapski vom Europäischen Zentrum für Medienkompetenz (ecmc) in Marl. Gapski hat gemeinsam mit Thomas Tekster kürzlich eine Bestandsaufnahme zum Thema „Informationskompetenz in Deutschland“ veröffentlicht.



Dr. Harald Gapski

**Herr Dr. Gapski, was ist eigentlich Informationskompetenz und wie wichtig ist sie?**

**Dr. Harald Gapski:** Die Flut der einströmenden Informationen in immer neuen Formaten und Anwendungen verlangt nach einer Orientierung, nach Auswahl und Management dieser Informationen – ob digital oder analog, ob in mündlicher oder schriftlicher Form – das ist eine alltägliche Herausforderung geworden und Informationskompetenz – oder wie es im anglo-amerikanischen Raum heißt „Information Literacy“ – ist eine gesellschaftliche Schlüsselkompetenz.

**Das heißt, nachdem die Medienkompetenz für uns selbstverständlich geworden ist, müssen wir uns nun um den neuen Begriff Informationskompetenz und seine Inhalte kümmern?**

**Dr. Harald Gapski:** Der Begriff Informationskompetenz erfährt gegenwärtig eine enorme Konjunktur. Aber der Inhalt ist nicht neu, es gab das Problem der Informationsbeschaffung schon unter klassischen, traditionellen Medienbedingungen. Informationskompetenz wird nur jetzt besonders drängend durch die Informationstechnologien, die uns umgeben.

**Wie sind die Schulen, die Lehrer auf diese Anforderungen vorbereitet?**

**Dr. Harald Gapski:** Lehrer haben den professionellen Umgang mit Informationen eigentlich schon während ihrer Ausbildung gelernt. Jetzt müssen sie aber dieses Wissen didaktisch aufbereiten und mit den neuen Technologien an die Schüler weitergeben – das sind große Herausforderungen.

**Gibt es denn spezielle Angebote für die Lehrer?**

**Dr. Harald Gapski:** Es gibt verschiedene Angebote im Internet, etwa zum naturwissenschaftlichen Recherchieren und es gibt zum Beispiel im Internet ABC einen Rechercheratgeber für Kinder. Aber letztendlich ist Informationskompetenz für alle Fächer notwendig und muss insgesamt im Bildungssystem verankert werden. Die Instrumente zur Informationsbeschaffung müssen in der Schule ver-

mittelt werden und auch die Reflexionsmöglichkeiten müssen eingeübt werden. Das betrifft natürlich auch die neuen Angebote im Netz. Da geht es um Fragen, die über das rein bibliothekarische Verständnis von Informationsbeschaffung hinausgehen, also etwa um Fragen der Datenpreisgabe in Social Communities, um Fragen der informellen Selbstbestimmung im Web 2.0 oder um das Urheberrecht: Was darf ich für den Unterricht oder für meine Hausaufgaben übernehmen? Auch das sind Aspekte von Informationskompetenz.

**Brauchen wir also ein neues Unterrichtsfach Informationskompetenz?**

**Dr. Harald Gapski:** Die Informationsbeschaffung ist ja jeweils an bestimmte Probleme und Fragestellungen gebunden. Am Anfang des Handelns steht ein Problem, das es zu lösen gilt, also etwa eine Hausaufgabe. Daraus entwickelt man einen Informationsbedarf, beschafft sich relevante Informationen, bewertet und nutzt sie zur Problemlösung. Das bedeutet, die Vermitt-

lung von Informationskompetenz muss konkret mit Unterrichtsinhalten verknüpft sein. Es geht nicht um den abstrakten Begriff, sondern um die Lösungsprozesse. Auch da gibt es Modelle, bei denen ganz konkret auf die Lebenswirklichkeit der Schüler Bezug genommen wird. Sie können dann über ihr Interesse recherchieren, Informationen sammeln und evaluieren und erwerben so die entsprechenden Kompetenzen. Die Förderung von Informationskompetenz ist eine Querschnittsaufgabe.

**Gibt es konkrete Untersuchungen über die Informationskompetenz von Schülern?**

**Dr. Harald Gapski:** Es gibt keine flächendeckende Studie, aber vereinzelte empirische Untersuchungen. Sie alle belegen, dass die allgemeinen technischen Fertigkeiten im Umgang mit den Medien bei den Schülern vorhanden sind, dass sie aber häufig solche Aspekte wie Quellenvielfalt zu nutzen, passende Suchanfragen zu stellen, gefundene Informationen zu reflektieren und sie in einen Kontext zu stellen, vernachlässigen. Da besteht also ein großer Nachholbedarf.

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Gapski, Harald; Tekster, Thomas (2009): Informationskompetenz in Deutschland.
- Tekster, Thomas (2009): Wie beurteile ich Informationen im Internet? Tipps und Hinweise für den Unterricht. (mekonet Dossier)
- Deutsche Gesellschaft für Informationswissenschaft und Informationspraxis (2008): Denkschrift zur Förderung von Informationskompetenz im Bildungssektor
- Deutscher Bildungsserver: Informationskompetenz in Schulen

### DAZU AUF DER DIDACTA

- Sonderschau „Kompetenz fördern, Qualifizierung stärken, Orientierung vermitteln: Medienbildung 2.0“, Halle 10, 16.3. bis 20.3.2010, 9:00–18:00 Uhr

# MINT – nein danke?

## Die Suche nach der Ursache von Studienabbrüchen

■ Die Klagen über Fachkräftemangel in Deutschland reißen nicht ab, insbesondere Berufszweigen, die mit Technik und Naturwissenschaften zu tun haben, fehlt bereits seit längerem der Nachwuchs. Und die allerneuesten Zahlen sorgen auch nicht gerade für Entwarnung: Knapp ein Drittel der Studierenden in den Ingenieurwissenschaften sowie in den naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern bricht das Studium ab, so eine aktuelle Studie der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS). Und das, obwohl Bund, Länder und Stiftungen schon seit Jahren die naturwissenschaftliche Bildung in Kindergärten, Schulen und Hochschulen fördern.



MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ist unterdessen ein entscheidendes Stichwort in beinahe allen Bildungsbereichen. Schon die Kleinsten werden in Kindergärten zur Forschkönigen gekürt, Grundschüler können mit eigens entwickelten Klasse(n)kisten experimentieren und Hunderttausende Jungen und Mädchen forschen in den sogenannten Schülerlaboren gemeinsam mit Wissenschaftlern an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und in Unternehmen. Der nationale Pakt „Komm mach Mint“ will außerdem dafür sorgen, dass mehr Mädchen sich für eine Ausbildung in den MINT-Berufen entscheiden. Und die bereits vor zehn Jahren in Baden-Württemberg gestartete Schüler-Ingenieur-Akademie, bei der Schule, Hochschule und Wirtschaft kooperieren, breitet sich nach und nach bundesweit aus. Auch die MINT-Lehrerbildung wird gefördert. Die Telekomstiftung spendierte fünf Millionen Euro an vier Universitäten.



Bayern will mit seinem Projekt „Wege zu mehr MINT-Absolventen“ in den kommenden drei Jahren an zehn Hochschulen Projekte durchführen, um die Abbrecherquote deutlich zu senken. Mit im Boot: die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Deren Hauptgeschäftsführer, Bertram Brossardt, hat auch bereits konkrete Ansatzpunkte entdeckt: So gelte es, die Schnittstellen von den Gymnasien zu den Hochschulen zu verbessern. Tatsächlich kommen die Studenten oftmals mit falschen Vorstellungen zur Hochschule. So werden viele Informatikstudenten von den Studieninhalten überrascht, heißt es in der HIS-Studie. Es werde häufig ein praktisch, auf unmittelbare Computeranwendungen orientiertes Studium erwartet, der Umfang an

Grundlagenfächern dagegen unterschätzt. Auch verweisen viele Studienabbrecher in den neuen Bachelorstudiengängen darauf, dass sie dem anhaltenden Leistungsdruck nicht gewachsen seien. All das wollen nun Psychologen der Universität des Saarlandes genauer unter die Lupe nehmen: In einem Pilotprojekt begleiten sie ein Jahr lang Physik-Studenten, die im Wintersemester ihr Studium begonnen haben. Sie wollen etwa herausfinden, welche

wichtigen Vorkenntnisse aus der Schule die Studenten mitbringen. Und welche Kenntnisse ihnen fehlen. So könnten beispielsweise gezielt Mathematik-Vorkurse angeboten werden. Außerdem zeichnen die Psychologen während des ersten Studienjahres in bestimmten Abständen den Lernfortschritt der

Studenten auf und prüfen ihre Motivation. Die Ergebnisse des Projektes sollen helfen, die Veranstaltungen genau auf die Bedürfnisse der Studienanfänger abzustimmen und somit die Abbrecherquote zu senken.

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Die Gemeinschaftsoffensive Zukunft durch Innovation.NRW (zdi) will möglichst viele Schülerinnen für ein ingenieur- und naturwissenschaftliches Studium begeistern
- Projekt „Natur-Wissen schaffen“ der Deutsche Telekom Stiftung
- Das bayerische Projekt „Wege zu mehr MINT-Absolventen“
- „Komm mach Mint“ – Nationaler Pakt für Frauen in MINT Berufen
- Schüler-Ingenieur-Akademie Baden-Württemberg

### DAZU AUF DER DIDACTA

- Das Haus der kleinen Forscher, Forum „didacta aktuell: Wirtschaft – Bildung – Verantwortung“ Halle 9, Stand A20/B21, 17.3.2010, 11:00 Uhr
- Im E-Ei unterwegs, ultraleicht, elektrisch emissionsfrei – Schüler Hauptschule Höhscheid Solingen planen, konstruieren und bauen Fahrzeuge, Forum „didacta aktuell: Wirtschaft – Bildung – Verantwortung“ Halle 9, Stand A20/B21, 17.3.2010, 15:15 Uhr
- Zertifizierungsfeier für MINT-HAUPT- und REALSchulen in NRW, Congress-Centrum Ost, Europasaal, 17.3.2010, 16:00–18:00 Uhr
- MINT-Profilbildung in der Erprobungsstufe, Dr. Winfried Timmerhaus, Kompetenzteam Gelsenkirchen, Forum Unterrichtspraxis, Halle 9, Stand E31, 19.3.2010, 11:00 Uhr
- Sonderschau Phänomene zum Anfassen – phaeno auf der didacta 2010 in Köln, Halle 6, Stand B74, 16. bis 20.3.2010, 9:00–18:00 Uhr
- Aktionsprogramm naturwissenschaftliche Experimente für Groß und Klein, Forum Ausbildung, Halle 10.1, A90. 20.3.2010, Best of phaeno Science Show, 11:00–12:00 Uhr, Kopfball on Tour – Die WDR-Experimente-Show, 12:00–14:00 Uhr
- In den Hallen 6 und 7 informieren auch in diesem Jahr wieder etliche Hochschulen über ihre Studienangebote.

## ■ AUSBILDUNG/QUALIFIKATION

# Ab ins Ausland: Austauschprogramme für Auszubildende

In Großbritannien, Frankreich, Polen und sogar auf hoher See

■ In die USA, nach Großbritannien, Spanien oder Frankreich: Der Schüleraustausch in der Oberstufe und der Auslandsaufenthalt während des Studiums sind schon lange gang und gäbe. Was weniger bekannt ist: Auch Auszubildende können an Austauschprogrammen teilnehmen und für mehrere Wochen vom heimischen Betrieb in ein Unternehmen im Ausland wechseln.

Um die Mobilität in der beruflichen Bildung voranzutreiben, fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bereits seit vielen Jahren verschiedene Austauschprogramme für Auszubildende, hauptsächlich nach Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Polen, Tschechien und in die Niederlande.



Organisiert werden diese Programme von Austauschorganisationen wie dem Koordinierungszentrum deutsch-tschechischer Jugendaustausch, dem Deutsch-Französischen Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung und von InWEnt. Die Bonner gemeinnützige Gesellschaft ist zuständig für den Austausch mit den Niederlanden, mit Großbritannien und Norwegen. Der Austausch mit den Niederlanden hat die längste Geschichte: Er besteht schon seit 1995, die jüngste Kooperation mit Norwegen existiert seit 2003.

„Jährlich werden rund 1000 Auszubildende und ihre Ausbilder mit unseren Programmen gefördert“, erklärt Sandra Heidemann vom Team bilaterale Programme bei InWEnt. Denn in die Programme sind nicht nur die Auszubildenden eingebunden, sondern auch Ausbilder und Lehrer, die den Austausch inhaltlich begleiten. So bekommen auch sie Einblick in die Ausbildungsorganisation und Ausbildungspraxis im Austauschland und zwischen Unternehmen und Berufsbildungseinrichtungen entstehen grenzüberschreitende Partnerschaften.

„Jugendliche die diesen Austausch gemacht haben, sind in der Regel sehr stolz“, weiß Heidemann. „Schließlich müssen sie mehrere Wochen im fremden Betrieb bestehen, mit der fremden Sprache, den neuen Kollegen und der Gastfamilie oder den Jugendherbergseltern klarkommen.“ Sie qualifizieren sich nicht nur fachlich und in der fremden Sprache, sondern trainieren Soft Skills wie Teamfähigkeit und Kooperationsfähigkeit.

Und so läuft der Austausch ab: Für drei bis zwölf Wochen fährt eine Gruppe Auszubildender zum Beispiel nach Norwegen, und die norwegischen Auszubildenden kommen parallel oder zeitversetzt nach Deutschland. Im Gastland leben sie entweder in Jugendherbergen, in Trainingszentren der Unternehmen oder auch bei Gastfamilien. Wichtig: Es können nur Jugendliche teilnehmen, die sich in der dualen Berufsausbildung befinden.

Nicht immer sind die Zuschüsse des BMBF kostendeckend. „Aber viele Unternehmen sind bereit, den Austausch zu bezuschussen“,

erklärt Sandra Heidemann. Auch die Auszubildenden bringen etwas ein: „Von ihnen werden natürlich Lust und Laune, Einsatz und Engagement verlangt. Aber auch noch ein bisschen mehr. So gibt es zum Beispiel das Modell, dass eine Woche des Austauschs in die Schulferien fällt, eine Woche stellt der Betrieb den Auszubildenden frei und er selbst bringt eine Woche Urlaub ein. „Da geht es nicht konkret ans Portemonnaie, sondern um eine unbare Eigenbeteiligung.“

Ein Lieblingsaustauschland gibt es nicht, so Heidemann. Eher ist es so, dass sich Schwerpunkte in den einzelnen Ländern herauskristallisiert haben. So sind es häufig Auszubildende aus der Logistikbranche, die nach Holland wechseln oder auch – ganz dem Klischee entsprechend – Floristen und Gärtner. Mit Großbritannien findet der Austausch eher in technischen Berufen statt. Und in Norwegen sind es meist Berufe aus dem Holzsektor und aus dem Hotel- und Restaurantgewerbe.

„Einige Projektträger schicken ihre Köche sehr gern nach Norwegen, denn dort lernen sie alles zum Thema Fisch“, berichtet Heidemann. „In diesem Umfang in Sachen Fisch in Deutschland auszubilden, ist kaum möglich, weil hier der Rohstoff Fisch für die Ausbildung zu teuer ist. Ein Ausbilder hat sogar arrangieren können, dass seine angehenden Köche auf den berühmten ehemaligen Postschiffen entlang der Hurtigroute mitfahren und dort die Schiffsküche kennenlernen.“

Dass so ein Austausch sogar die ganze Lebensplanung beeinflussen kann, hat Heidemann auch schon erlebt: „Ein Zimmermannslehrling, der an dem Austauschprogramm mit Norwegen teilgenommen hatte, wollte nach seiner Abschlussprüfung sein Glück in Norwegen versuchen. Mittlerweile hat er dort Fuß gefasst und ist glücklich. Nie, so sagt er, wäre er ohne diesen Austausch auf die Idee mit Norwegen gekommen.“

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

■ BMBF: Internationale Austausch- und Kooperationsprogramme

### DAZU AUF DER DIDACTA

- Berufliches Lernen in Europa mit LEONARDO DA VINCI (Mobilitätsprojekte), Halle 6, Stand A66/B67. 16.3.2010, 13:00 Uhr
- Das InWEnt-Team, Halle 9, Stand A 015

## WEITERBILDUNG/BERATUNG

# Von der beruflichen Bildung zum Hochschulabschluss

## Mehr Durchlässigkeit und bessere Chancen

■ Der Weg von der beruflichen zur universitären Bildung wird einfacher – nicht zuletzt dank der neuen Anrechnungsmodalitäten aufgrund des Bologna-Prozesses und verschiedener Initiativen. Was dies speziell für Trainer, aber auch für andere Berufsgruppen bedeutet, beleuchten die beiden Beiträge „Neuer Wind für die Weiterbildung?“ und „Ein Master für Trainer“.

### „Neuer Wind für die Weiterbildung?“

Interview mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung

Hochschulen sind Ausbildungsinstitutionen. Aber auch die Weiterbildung gehört zu ihrem Aufgabenfeld. Bislang haben sie diese Verpflichtung eher stiefmütterlich behandelt. Warum das so ist und ob mit der Studienreform die Weiterbildung an den Hochschulen gestärkt werden wird, wollten wir von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung, Helmut Vogt, wissen.



Helmut Vogt

**Herr Vogt, Ihr Verband will unter anderem die Weiterbildung an Hochschulen fördern. Wie steht es denn um diese Weiterbildung und wie sehr muss sie gefördert werden?**

**Helmut Vogt:** Die Weiterbildung ist ja erst durch die Hochschulreform der siebziger Jahre ins Bewusstsein der Hochschulen getreten und zur gesetzlichen Aufgabe geworden. Das hatte aber – bis auf einzelne Versuche – in der Praxis nicht viele Auswirkungen. Wissenschaftliche Weiterbildung blieb in Deutschland weitgehend ein Nischengeschäft. Das hat sich nun durch den Bolognaprozess geändert. Denn jetzt gibt es erstmals in Deutschland einen Hochschulabschluss in der wissenschaftlichen Weiterbildung, den Weiterbildungs-Master.

**Das heißt, für diesen speziellen Master gibt es auch andere Zulassungsbedingungen als für den „normalen“ Master?**

**Helmut Vogt:** Im Prinzip nicht. Bei der Hochschulreform der 70er Jahre hatte es zwar die Weiterbildung als einziger Bereich der Hochschulen geschafft, mehr Offenheit in die Zulassung zu bringen. Aber diese Offenheit ist nun dummerweise beim Weiterbildungs-Master verloren gegangen. Denn da gelten die ländergemeinsamen Strukturvorgaben: Vorausgesetzt wird ein Hochschulabschluss und eine mindestens einjährige Berufstätigkeit. Allerdings haben in der Zwischenzeit zwei Bundesländer Ausnahmen gemacht: Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein und auch in Hessen wird darüber geredet. Dort soll es also die Möglichkeit geben, über eine berufliche Qualifizierung zum Weiterbildungs-Master zugelassen zu werden.

**Wie wichtig ist das Thema Weiterbildung überhaupt für die Hochschulen? Wenn man im Internet recherchiert, findet man ja etliche Hochschulen mit umfangreichen Weiterbildungsangeboten.**

**Helmut Vogt:** Das sind neben wenigen staatlichen Hochschulen

vielfach die privaten – circa ein Viertel der deutschen Hochschulen ist unterdessen privat. Sie bieten häufig berufs begleitende Bachelor- und Masterstudiengänge an. Anders als die staatlichen Hochschulen, die berufs begleitende Bachelorstudiengänge zumeist nicht mit kostendeckenden Beiträgen belegen dürfen, ist es den privaten Hochschulen nämlich erlaubt, entsprechende Gebühren zu nehmen. Erst beim Weiterbildungs-Master dürfen auch die staatlichen Hochschulen zusätzliche Gebühren erheben.

**Den staatlichen Hochschulen fehlt also das Geld für die Weiterbildung?**

**Helmut Vogt:** Die staatlichen Hochschulen müssten zusätzliche Haushaltsmittel für eine entsprechende Infrastruktur bekommen. Nur so können sie die Angebote kostendeckend finanzieren. Daran hapert es aber. Die Hochschulen brauchen darüber hinaus Entwicklungskosten für die Studienprogramme. Sie müssen auch den Weiterbildungsbedarf ermitteln und Marketinginstrumente einsetzen und außerdem müssen sie mögliche Flops finanziell abfedern können, etwa wenn deutlich weniger Teilnehmer kommen als erwartet. Es gibt also tausend Gründe für ein finanzielles Polster.

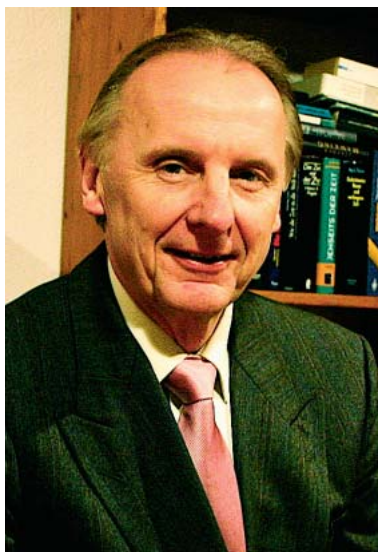
**Diese finanzielle Forderung richtet sich an die Bundesländer. Sind aber nicht die Hochschulen selbst auch in der Pflicht, sich mehr für die Weiterbildung zu öffnen und nicht nur nach dem Staat zu schielen?**

**Helmut Vogt:** Eins müssen wir sehen: Diese starre Einteilung aus der Vergangenheit „Studium – Beruf – Weiterbildung“ wird es in Zukunft nicht mehr geben. Viel mehr Menschen werden erst einen Beruf erlernen und dann studieren oder nach dem Bachelor zunächst in den Beruf einsteigen und später an die Hochschule zurückkommen. Wir kommen also in eine Situation, in der die Bildungswege immer individueller werden und Angebote sich nicht mehr in die gewohnten Schemata einpassen lassen. Was die nahe Zukunft angeht, ist zu hoffen, dass wir von starren Leistungspunkten beim Bachelor und Master und anderen Beschränkungen wegkommen und dass mehr Flexibilität in die Hochschulbildung einzieht. Und dass die Länder eine Infrastruktur für die Weiterbildung an den Hochschulen finanzieren und Möglichkeiten für eine stärkere Entwicklung und Platzierung von Angeboten schaffen. Die Hochschulen selbst müssen sich endlich dazu bekennen, dass Weiterbildung ein strategisches Ziel ihrer Planung und Ausrichtung ist. Es gibt einzelne Hochschulen, die haben dies in ihre Kernziele eingebracht und wenige Hochschulen, die schon in diese Richtung arbeiten. Und die große Masse redet davon, aber mehr auch nicht.

## WEITERBILDUNG/BERATUNG

### Ein Master für Trainer

■ Knapp eine Million Kurse werden in Deutschland auf dem Markt der beruflichen Weiterbildung angeboten. Tausende von Trainern arbeiten als selbstständige Einzelunternehmer oder als angestellte Weiterbildungner. Ihre Qualifikationen sind sehr unterschiedlich, denn die Berufsbezeichnung „Trainer“ ist nicht geschützt. Jetzt setzt sich der Dachverband der Weiterbildungsorganisationen (DVWO) für einen Quereinstieg der Trainer an die Hochschule ein. Dabei sollen die Trainer sogar direkt ins Masterstudium mit dem Ziel „Master of Arts in Training“ einsteigen, sofern sie die entsprechenden beruflichen Leistungen und Abschlüsse vorweisen können.



Dr. Uwe Genz

„Viele Trainer haben häufig eine ganz normale Berufsausbildung gemacht, dann an Fort- und Weiterbildungen teilgenommen und sich zum Trainer ausbilden lassen. Und jetzt sagen etliche Trainer: ‚Ich würde gern noch einen akademischen Abschluss machen‘“, erläutert der Präsident des DVWO, Dr. Uwe Genz. Eine solche zusätzliche Hochschulausbildung ist im Prinzip möglich, denn im vergangenen Jahr haben sich die Hochschulen auf mehr Durchlässigkeit beim Hochschulzugang verständigt. „Aber die Trainer müssten dann im ersten oder zweiten Semester beginnen. Jemand, der eigentlich eher auf der anderen Seite stehen würde, nämlich vor den Studenten, möchte sich nicht unbedingt noch einmal in die Bank als Erstsemester setzen. Deswegen fordern wir einen Quereinstieg.“

Diesen Quereinstieg könnte nun zweierlei möglich machen: Der Bologna-Prozess und der Kopenhagen-Prozess. Bei dem einen geht es um die Anpassung der Hochschulen an die international gebräuchlichen Abschlüsse, bei dem anderen um die Vergleichbarkeit der Qualifikationen im beruflichen Sektor. Beiden liegt ein Punktesystem zugrunde: Bei der Hochschulausbildung sind es sogenannte ECTS-Punkte und bei der beruflichen Bildung ECVET-Punkte (siehe Kasten). Das Entscheidende: Mit dem ECVET-System soll nicht nur eine europaweit einheitliche Bemessungsgrundlage für Qualifikationen und Lernergebnisse geschaffen werden, es soll auch der direkte Wechsel von der beruflichen in die universitäre Bildung erleichtert werden.

Mit entsprechend umgerechneten Punkten also wäre der Quereinstieg in ein Masterstudium möglich. Darauf setzt der DVWO mit seiner Initiative. Allerdings gibt es in Deutschland bislang noch keine zertifizierte Stelle zur Umrechnung von ECVET-Punkten in ECTS-Punkte. Dazu müsste eine deutsche Hochschule initiativ werden. Andere Länder wie Österreich oder Frankreich sind bereits weiter. Und hier sieht Genz eine Chance, den Prozess zu beschleunigen. „Es ist ganz einfach für eine deutschsprachige ausländische Hochschule, an einem beliebigen Ort in Deutschland eine Zweigstelle aufzumachen und schon haben wir ein zertifiziertes Institut.“ Genz ist zuversichtlich, dass sein Verband in rund zwei Monaten mit einer der deutschsprachigen ausländischen Hochschulen

handelseinig wird. „Dann wird ein Presseartikel erscheinen: ‚Erste Stelle zur Bewertung von außerhochschulisch erworbenen Fähigkeiten in Deutschland eröffnet‘, prophezeit er. Der Weg zu einem „Master of Arts in Training“ scheint also nicht mehr allzu weit.

#### ECVET

Mit dem europäischen Leistungspunktesystem für die Berufsbildung ECVET (European Credit System for Vocational Education and Training), soll die Übertragung, Validierung und Anerkennung von Lernergebnissen erleichtert werden. Damit

soll die Mobilität von Lernenden auf ihrem Berufsbildungsweg erleichtert werden – sowohl innerhalb ihres Systems als auch in Europa. Zudem soll es leichter möglich sein, von einem Bildungsniveau in ein anderes wechseln zu können – also zum Beispiel von der beruflichen Bildung zur Hochschule.

#### ECTS

Mit dem Europäischen System zur Anrechnung von Studienleistungen ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System) werden Studien- und Prüfungsleistungen belegt. Dieses Leistungspunktesystem soll sicherstellen, dass die Leistungen von Studenten an Hochschulen des Europäischen Hochschulraumes vergleichbar sind und bei einem Hochschulwechsel anerkannt werden.

### DAZU AUF DER DIDACTA

- Trainer-Café. Rund um das Trainer-Café stellen die Mitglieder des DVWO – Dachverband der Weiterbildungsorganisationen ihre Angebote für Training, Beratung und Coaching vor. Halle 10, 9:45–18:00 Uhr während der gesamten Messe
- Verleihung des DVWO-Qualitätssiegels, Forum Weiterbildung, Halle 10.1, Stand A10/B11, 16.3.2010, 15:00 Uhr
- Das DVWO Qualitäts-Siegel ein Garant für Bildungs-Qualität?! Konferenzraum 1/CC Ost. 17.3.2010, 15:30 Uhr
- Weiterbildungs-Innovations-Preis (WIP) 2010. Forum Ausbildung/Qualifikation, Halle 10.1, Stand A90, 18.3.2010, 15:00 Uhr
- didacta Trainertag, Konferenzraum 3, Congress-Centrum Ost, 19.3.2010, 10:00–17:15 Uhr
- Im Diskussionsforum „Hochschule trifft Schule“ in Halle 6 werden an allen Messetagen von 11:00–16:00 Uhr Kurzvorträge zu verschiedenen Themen angeboten. Die einzelnen Schwerpunkte: 16.3.2010 „Lehrerbildung“, 18.3.2010 „E-Learning“, 19.3.2010 „Übergang Schule – Hochschule“, 20.03.2010 „Berufsbild des Lehrers im Wandel“. Am 17.1.2010 findet hier auch der Hochschultag 2010 zum Thema „Digitales Zeitalter in Schule und Hochschule – Veränderungen für Lehre, Prüfungen und Publikationen“ statt.

## ■ SONDERTHEMA

# „Die Jugendlichen werden das Handy ganz selbstverständlich zum Lernen nutzen“

Interview mit Maciej Kuszpa von der FernUniversität in Hagen

■ Längst hat die Handyausstattung in deutschen Haushalten die 80-Prozent-Marke überschritten und bei den Jugendlichen zählt das Handy sogar seit einigen Jahren schon zur Grundausstattung. 95 Prozent der Jugendlichen haben ein eigenes Mobiltelefon, bereits die Zwölf- und Dreizehnjährigen haben zu 88 Prozent ein Handy, bei den volljährigen Jugendlichen herrscht mit 99 Prozent Vollversorgung. Das hat die aktuelle JIM-Studie ermittelt. Die Geräte sind außerdem multifunktional, sind sie doch mindestens Telefon, Fotoapparat, Terminplaner, Spielkonsole und mobile Surfstation in einem. Jetzt hat das Handy begonnen, eine weitere Rolle zu übernehmen: die eines ständigen Lernbegleiters. Wie das Lernen auf dem Handy funktioniert, für wen es geeignet ist und wie es sich zukünftig entwickelt wird, das wollten wir von Maciej Kuszpa wissen, der in der Forschungsgruppe Mobile Learning an der FernUniversität in Hagen arbeitet.



Maciej Kuszpa

**Herr Kuszpa, zuvor eine Begriffsbestimmung: Was ist eigentlich mobiles Lernen?**

**Maciej Kuszpa:** Es gibt viele Definitionen, aber nach meinem Verständnis ist es das Lernen auf dem Handy, auch auf dem Nintendo DS oder dem iPod, also auf Geräten, die man in die Hosentasche stecken kann. Dabei steht aber das Handy im Fokus.

**Ist denn das mobile Lernen in Deutschland überhaupt schon ein Thema?**

**Maciej Kuszpa:** Ja, man kann auf dem Markt schon etliche Produkte von den Verlagen finden, zum Beispiel zum Fremdsprachenlernen – kleine Programme, die man sich aufs Handy herunterladen kann, um zwischendurch lernen zu können. Es gibt aber auch einzelne Anbieter, die für bestimmte Fachthemen oder Zielgruppen Angebote offerieren, zum Beispiel speziell für die Abiturprüfung oder für die Führerscheinprüfung. Das gibt's schon länger. Das ist doch die ideale Zielgruppe: Die Siebzehn-/Achtzehnjährigen sind alle mit Handys ausgestattet und haben gleichzeitig eine große Motivation, den theoretischen Teil der Führerscheinprüfung zu bestehen. Außerdem ist die Führerscheinprüfung standardisiert. Es geht also vorwiegend um Fragen, die man mehr oder weniger auswendig lernen muss und das kann man wunderbar mit diesem Gerät machen. Als meine kleine Schwester vor zweieinhalb Jahren ihren Führerschein gemacht hat, haben unsere Eltern – genau wie bei mir damals – ein Vorbereitungsbuch und die passenden Fragebögen gekauft. Aber sie hat einfach nur eine kleine Anwendung heruntergeladen und hat dann im Bus oder in der Pause die Aufgaben auf dem Handy gelöst. So hat sie den theoretischen Teil gelernt und die Prüfung bestanden, obwohl alle im Vorfeld erst mal skeptisch waren.

**Also geht es beim mobilen Lernen in erster Linie um standardisierte Lernangebote?**

**Maciej Kuszpa:** Man findet vorwiegend solche standardisierten Angebote. Es liegt auch nahe, dass man auf dem Handy keine komplexen Sachen neu lernen kann – allein aufgrund der begrenzten Möglichkeiten von Display und Kapazität. Wir sehen das zum Beispiel im Hochschulbereich als Ergänzung und nicht als Ersatz. Sie werden kein BWL-Studium auf dem Handy absolvieren können, sondern ergänzend kleine Lernsequenzen haben, um den Lernfortschritt überprüfen zu können oder um standardisierte Fragen zur Prüfung wiederholen zu können. Noch sind es Multiple-Choice-Frage oder Lückenaufgaben oder Definitionen, die Sie zuordnen müssen.

**Sie erwähnten vorhin Fremdsprachenlernen, also ein typisches Weiterbildungsthema. Ist denn das mobile Lernen auch für die berufliche Weiterbildung interessant?**

**Maciej Kuszpa:** Ja, es gibt bereits Anwendungen für den beruflichen Alltag. Zum Beispiel für Außendienstmitarbeiter im Pharmabereich. Wir haben jetzt an der FernUniversität in Hagen ein Forschungsprojekt gestartet, bei dem es darum geht, wie Lkw-Fahrer ihre Wartezeiten sinnvoll für eine berufliche Qualifizierung nutzen können. Die Berufskraftfahrer müssen nämlich immer wieder kleine Prüfungen zur Arbeitssicherheit und zum Arbeitsschutz ablegen. Vorbereiten könnten sie sich dann mit Lernprogrammen auf dem Handy. Wir haben im Vorfeld Befragungen über ihren Arbeitsalltag durchgeführt, und darüber, was sie sich zutrauen und wie es mit ihrer Medienkompetenz bestellt ist. Im nächsten Schritt wollen wir die entsprechenden Inhalte für die mobilen Geräte aufbereiten, die dann in einer kleinen Gruppe ausgewählter Berufskraftfahrer zum Einsatz kommen. Wenn dann Ergebnisse vorliegen, können wir das Angebot weiterentwickeln, damit es auch für andere Speditionen infrage kommt.

**Wird auch in den Schulen das mobile Lernen schon thematisiert?**

**Maciej Kuszpa:** Da gibt es ein Problem: Viele Schulen haben mittlerweile ein Handyverbot, das ist eine echte Hürde für das mobile Lernen. Wir haben aber ein Projekt mit einer Berufsschule gestartet. Dabei geht es um die Elektroniker Ausbildung und um die Frage, wie weit wir den Schülern helfen können, sich auf größere Prüfungen vorzubereiten. Das Handy wird allerdings nicht im Unterricht selbst genutzt, sondern es wird in den Betrieben eingesetzt, wo die Auszubildenden zum Beispiel bestimmte Arbeitsprozesse dokumentieren müssen.

**Trotz gegenwärtigem Handyverbot an Schulen, glauben Sie, dass das mobile Lernen im Schülerleben in Zukunft eine größere Rolle spielen wird?**

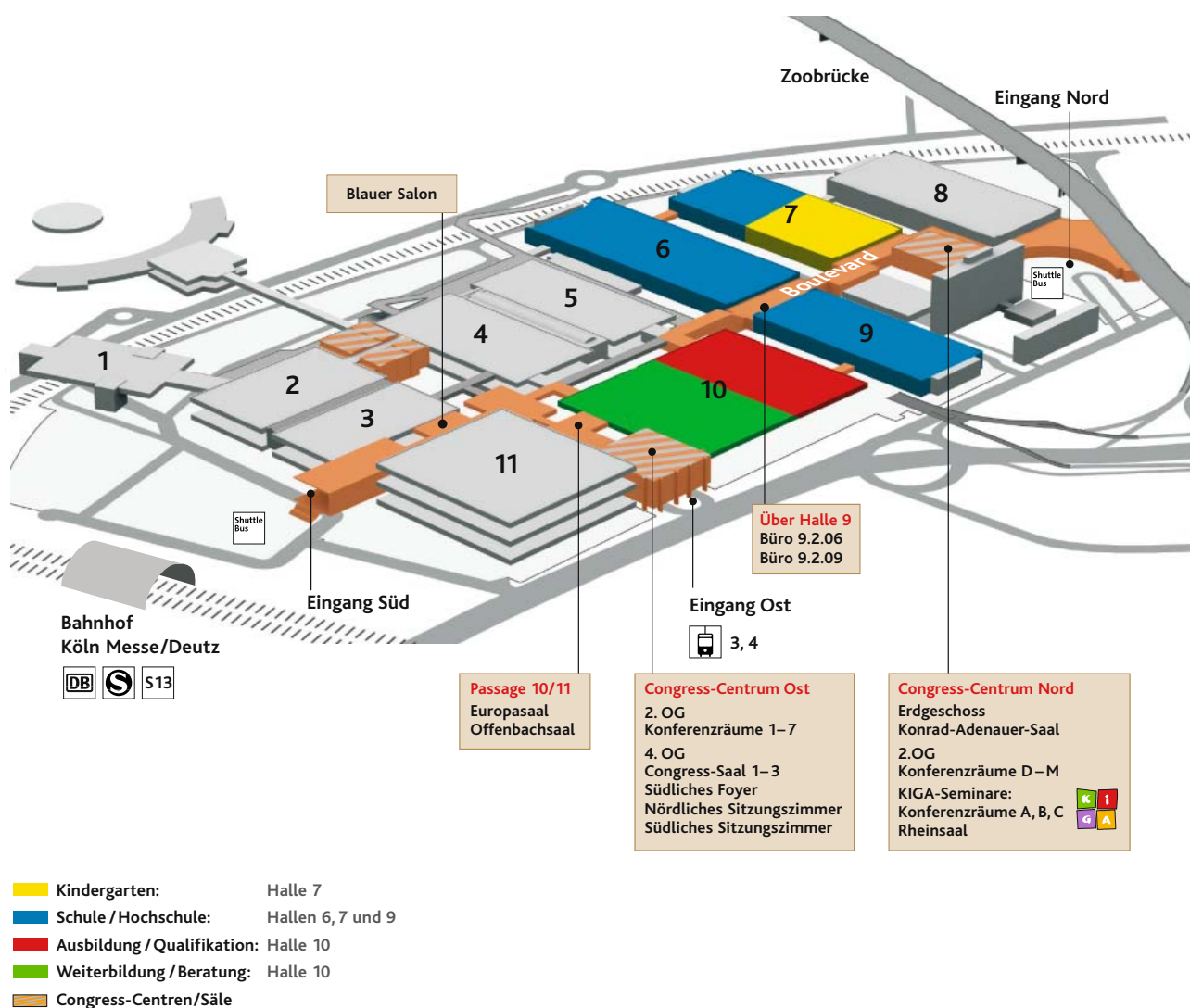
**Maciej Kuszpa:** Ja, das glaube ich. Wir arbeiten heute ganz selbst- ▶

verständlich mit dem PC, sowohl beruflich als auch privat, und die Jugendlichen sind ein Stück weiter, sie haben das Handy für sich vereinnahmt. Es ist ein ganz normales Medium für sie und ich kann mir gut vorstellen, dass sie es auch in der Schule und im Beruf ganz selbstverständlich einsetzen werden. Sie haben keine Distanz gegenüber der Technologie, weil sie damit aufgewachsen sind.

## DAZU AUF DER DIDACTA

- Informationen zum Thema „Mobiles Lernen“ finden sich in allen Hallen. Insbesondere die Schulbuchverlage informieren über neue Konzepte für die verschiedenen Medien.
- 5. Fachtagung „Professional E-Learning“, Congress-Centrum Ost, 16. bis 18.3.2010

- HOCHSCHULTAG 2010: Sich verändernde Lernorte in Schule und Hochschule, 17.3.2010, 10:00–16:00 Uhr
- Digitales Lernen in der Ganztagschule – Wie interaktive und digitale Medien die Lernmotivation fördern, Konferenzraum F/CC Nord, 18.3.2010, 16:00 Uhr
- Vergoogelt und zugetwittert – Lernen mit neuen Medien. Teilnehmer: Prof. Dr. Martin Korte, Hirnforscher, TU Braunschweig, Prof. Dr. Ulrich Herrmann, Erziehungswissenschaftler, Uni Tübingen, Wolfgang Endres, Lernmethodiker Studienhaus St. Blasien, forum bildung, Halle 6, Stand E41, 16.3.2010, 14:00 Uhr
- Web 2.0 für den Deutschunterricht in der Sekundarstufe, Dr. Stefanie Schäfers, Paderborn, Forum Unterrichtspraxis, Halle 9, Stand E31, 16.03.2010, 11:00 Uhr



Am 17. Februar erscheint der Themendienst 2 zur didacta 2010.

## IMPRESSUM

bildungsklick.de im Auftrag der Koelnmesse GmbH, Köln, des Didacta Verbandes e.V., Darmstadt, und des VdS Bildungsmedien e.V., Frankfurt am Main | Redaktionsbüro Diehl, Adolfstraße 26, 49078 Osnabrück, Tel. 0541 48416, info@bildungsklick.de  
Gestaltung: bvw Werbeagentur, Osnabrück | Fotos: bikl.de, Koelnmesse, inWEnt, Blickwechsel, privat  
Ansprechpartner für die Presse: Koelnmesse GmbH, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Michael Steiner (Pressesprecher)  
Messeplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49 221 821-3094, Telefax +49 221 821-3446, E-Mail: m.steiner@koelnmesse.de  
Textbeiträge und Fotos dieses Themendienstes sind zur Veröffentlichung freigegeben.  
Download unter <http://www.didacta-koeln.de/> oder [bildungsklick.de/didacta](http://bildungsklick.de/didacta). Dort gibt es auch weitere Informationen und Bilder.